

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/KXII/156

Bad Godesberg, den 17. August 1967

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite		Zeilen
1 - 1a	<u>Entspannung und Bewahrung des Friedens</u> Das Ergebnis von Washington	80
2	<u>Schritte in der richtigen Richtung</u> Zur Aufhebung der Widerrufsklausel im Entzonenhandel	30
3 - 4	<u>"Die Frauen warten auf uns"</u> Die Arbeit der Wandermütherschule des Bundesverbandes der AWO Von Katharina Petzold, Leiterin der Wandermütherschule der AWO	81
5 - 6	<u>Brasilien heute</u> Beobachtungen und Gespräche in Brasilien Von Pierre Simonitsch, z.Z. Rio de Janeiro	81

* * *

Entspannung und Bewahrung des Friedens

Das Ergebnis von Washington

G.M. - Vergleicht man das Kommuniqué, das zum Abschluß der Beratungen zwischen dem Präsidenten der USA, Johnson, dem amerikanischen Außenminister Dean Rusk und Verteidigungsminister Mc Namara auf der einen, sowie Bundeskanzler Kiesinger und Vizekanzler und Außenminister Brandt auf der anderen Seite in Washington herausgegeben wurde, mit Verlautbarungen ähnlicher Art bei ähnlichen Anlässen, fällt einem sofort die außerordentliche Sachlichkeit und betonte Konzentration auf, ohne Umschweife wird darin auf den Kern des zweitägigen Meinungsaustausches eingegangen. Wie in der Regierungserklärung der Bundesregierung der Großen Koalition heißt es im Abschlußkommuniqué: "Unser wichtigstes gemeinsames Ziel ist die Bewahrung des Friedens". Und weiter:

- * "Wir wissen uns auch einig in dem Bestreben, durch eine Politik
- * der Entspannung der Entstehung von Konflikten vorzubeugen, die
- * Ursachen bestehender Konflikte zu beseitigen, Gegensätze zu über-
- * winden und dadurch unter den Völkern das gegenseitige Verständnis
- * und Vertrauen zu fördern. Nur auf diese Weise wird auch die Teil-
- * lung Europas und die Spaltung Deutschlands überwunden und eine ge-
- * rechte und dauerhafte Friedensordnung in Europa herbeigeführt wer-
- * den können."

Die Konsequenzen, die sich aus dieser gemeinsam getroffenen Feststellung für die praktische Politik der USA und der Bundesrepublik ergeben, liegen in der Betonung der Überzeugung, daß die dauerhafte Freundschaft und Zusammenarbeit unter den Nationen Europas als Freund und Partner der Vereinigten Staaten die Grundlage der Zusammenarbeit zwischen Washington und Bonn sein soll. Dazu gehört die Planung der gemeinsamen Verteidigung "in den Händen der NATO" und die Feststellung, "daß eine einseitige Schwächung der westlichen Verteidigungskraft nicht geeignet ist, die von uns gemeinsam erstrebte E n t s p a n n u n g zu fördern."

Man könnte sagen, alles dies sei nicht neu. Und doch wird der aufmerksame Beobachter der Gespräche in Washington erkennen müssen, daß die Zielsetzung einer im Rahmen des NATO-Bündnisses eingebetteten deutsch-amerikanischen Politik deutlicher wird als je zuvor: Entspannung und Bewahrung des Friedens.

Es ist deshalb auch nicht verwunderlich, daß - im Gegensatz zu dem durch einzelne Presseberichte hervorgerufenen Eindruck - die militärischen Probleme in Washington längst nicht die Rolle gespielt haben, die man ihnen hier und dort vielleicht zugehört haben mag. A l l e militärischen Fragen sollen im Rahmen der NATO besprochen und, entsprechend den Aufgaben des atlantischen Bündnisses, aufeinander abgestimmt werden. Es gab keine "Drohungen" von amerikanischer Seite bezüglich Truppenreduzierungen oder Reorganisation des Bündnisses, sondern die auf G e g e n s e i t i g k e i t beruhende Klarstellung, daß die Probleme der Friedenssicherung und der Entspannung g e m e i n s a m unter Berücksichtigung aller sicherheits- und allgemeinpolitischen Faktoren analysiert werden müssen.

Aus Kreisen der deutschen Delegation war zu erfahren, daß sich die verantwortlichen Männer der amerikanischen Politik sehr interessiert an allen Fragen zeigten, die im Zusammenhang mit d e u t - s c h e n Vorhaben zur Entspannung in Europa stehen. Wohl nicht zuletzt dank der klaren Darstellungen, die Außenminister Brandt seinem Kollegen Rusk in dieser Beziehung geben konnte, darf davon ausgegangen werden, daß die amerikanische Regierung die deutschen Bemühungen um eine Normalisierung des Verhältnisses der Bundesrepublik auch zu ihren östlichen Nachbarn befürwortet und begrüßt.

Das scheint uns ein äußerst wichtiger Fortschritt in den deutsch-amerikanischen Beziehungen zu sein. Auch in den Vereinigten Staaten bemüht man sich zunehmend um den Abbau von Spannungselementen und um eine politische Entkrampfung in Europa. Man erkennt die Schwierigkeiten dieses Prozesses und ist bereit, auch neue Aspekte dieser Bemühungen in die Überlegungen der gesamtamerikanischen Politik einzubauen. Daher auch den Hinweis im dem gemeinsamen Kommuniqué auf die Methoden, mit denen man die Teilung Europas und die Spaltung Deutschlands überwinden, sowie eine gerechte und dauerhafte Friedensordnung in Europa herbeiführen will.

Bundeskanzler Kiesingern wird nach seiner Rückkehr zu Beginn der kommenden Woche zusammenfassend das Ergebnis von Washington darstellen. Aber schon jetzt darf gesagt werden, daß er und sein Außenminister in den Vereinigten Staaten gute Arbeit geleistet haben. Es ging bei diesem ersten Besuch Kiesingers in den USA in seiner Eigenschaft als Bundeskanzler nicht nur um eine persönliche Fühlungnahme mit Präsident Johnson. Entscheidender war, daß Bundeskanzler und Außenminister in direkten Gesprächen die Grundzüge der Politik der Regierung der Großen Koalition darstellten und dabei nicht nur früher entstandene Unklarheiten ausräumen, sondern ihren Gästen auch verständlich machen konnten, daß die Bundesrepublik Deutschland als ein wichtiger europäischer Partner der USA entschlossen ist, in eigener Verantwortung ihren Beitrag zur Sicherung des Friedens in Europa zu leisten.

+ + +

Schritte in der richtigen Richtung

Zur Aufhebung der Widerrufsklausel im Interzonenhandel

sp - Praktisch wurde die Widerspruchsklausel seit dem im Frühjahr 1961 erfolgten Wiederinkrafttreten des Interzonenabkommens nicht angewandt. Sie bezog sich auf bestimmte Produkte im Bereich der Kohle, der Maschinenbauerzeugnisse und der Eisen- und Stahlindustrie. Die Widerspruchsklausel behinderte zwar nicht den vorgesehenen Warenaustausch zwischen beiden Teilen Deutschlands, wohl aber stand sie der Ausweitung des innerdeutschen Handels im Wege. Die nun erfolgte Aufhebung dieser überflüssigen und hinderlichen Fessel kann nicht allein von wirtschaftlichen Gesichtspunkten aus bewertet werden, sie dient auch den Bemühungen um innerdeutsche Entspannung, eine Aufgabe, die uns niemand abnimmt.

Auf diesem schwierigen Terrain sind noch zwei andere wichtige Entscheidungen zu verzeichnen. Zum ersten Male wird auf der diesjährigen Leipziger Herbstmesse die Treuhandstelle für den Interzonenhandel mit einem Informationsstand vertreten sein. Dieser steht unter der Führung des Leiters der Treuhandstelle, P o l l a k . Ein qualifizierter Mitarbeiterstab steht ihm zur Seite. Die Errichtung der Informationsstelle dürfte gewiß die Zustimmung aller Messeteilnehmer finden und den Abschluß von Geschäften wesentlich erleichtern.

Geschäfte hat auch der Senator für Wirtschaft des Landes Berlin, Dr. Karl K ö n i g , in Sinn, der mit Zustimmung des Senats und der Bundesregierung demnächst zu Verhandlungen in die Sowjetunion fliegt. Der Handelsaustausch Westberlins mit den Ländern des Ostblocks erfolgte bisher im kleineren Rahmen; ihn auszuweiten und zu beleben käme beiden Seiten wohl zustatten.

Mit besonderer Genugtuung registriert die Westberliner Elektroindustrie einen über hundert Millionen DM umfassenden Lieferungs-auftrag vom anderen Teil Deutschlands. Den Nutzen haben b e i d e Seiten.

Das alles sind Schritte in der richtigen Richtung; sie fördern die wirtschaftliche Verflechtung und damit auch die Bewahrung des inneren Zusammenhalts unseres Volkes.

"Die Frauen warten auf uns"

Die Arbeit der Wandermütherschule des Bundesverbandes der AWO

Von Katharina Petzold,

Leiterin der Wandermütherschule der AWO

Seit 7 Jahren leistet die Wandermütherschule des Bundesverbandes der Arbeiterwohlfahrt im ganzen Bundesgebiet eine beachtliche Familienpädagogische Aufbauarbeit. Die Bundeswandermütherschule hat sich die Aufgabe gestellt, Mädchen, Frauen, Eltern und solche, die es werden wollen, in ländlichen Gegenden und abgelegenen Orten des gesamten Bundesgebietes zu erreichen, die keine Gelegenheit haben, weiterbildende Einrichtungen zu besuchen, wie sie in Großstädten durch Volkshochschulen, stationäre Mütherschulen und ähnliche Institutionen geboten werden. Die Aufgaben der Frau und Mutter werden in unserer Zeit immer vielschichtiger und komplizierter. So sah es der Bundesverband der Arbeiterwohlfahrt als dringlich an, durch die Einrichtung einer wandernden Mütherschule Hilfe zu leisten. Neben der Vermittlung von Sach- und Fachwissen an die Frauen hat die Wandermütherschule aber noch eine andere Aufgabe zu erfüllen: Sie soll in den Orten ihrer Tätigkeit den interessierten Personenkreis ermitteln, sie soll das Interesse und die aktive Mitarbeit von Behörden und Schulverwaltung wecken, sie soll nebenamtliche Mitarbeiter für eine spätere, weiterführende Arbeit gewinnen, und sie soll vor allem den Frauen und Männern der Arbeiterwohlfahrt zeigen, daß auch in ihren Wohnorten familienpädagogische Arbeit notwendig ist und geleistet werden kann.

Gewissenhafte Vorbereitung

In Landgemeinden und Kleinstädten ist die Arbeit nicht immer einfach. Einmal haben die Menschen, die wir um Mithilfe bei unseren Vorbereitungen bitten, kaum eine Vorstellung von unseren Einrichtungen. Zum zweiten sind die Menschen, die wir erreichen wollen, aufgrund der Mentalität des Nichtstädtlers sehr zurückhaltend. Deshalb veranstalten wir in den Orten, an denen wir arbeiten werden, zunächst unverbindliche Vorbesprechungen informativen Charakters. Dabei ergründen wir die Wünsche unserer künftigen Kurssteilnehmerinnen und bauen danach den lokalen Kursusplan auf. Neben den Abendkursen, die vorwiegend den Berufstätigen vorbehalten sein sollen, sehen wir gern Nachmittagskurse, für diese Nachmittagsstunden sichern wir den Teilnehmerinnen die Betreuung ihrer Kinder zu. Schulverwaltungen und Amtsbehörden begrüßen es, daß unsere Organisation neben ihren anderen vielschichtigen Aufgaben auch familienpädagogische Arbeit leistet. Soweit keine AW-eigenen Räume vorhanden sind, stellt man uns Schulräume und Lehrküchen zur Verfügung. Wir sind aber auf "Spezialräume" nicht angewiesen, uns genügt ein Raum mit Wasser und Stromanschluß, wir können praktische Kurse wie Kochen oder "Die Frau als Gastgeberin" mit eigenem Inventar veranstalten. Sie müssen wissen, unsere Mütherschule "wandert" mit zwei Wagen; darin führen wir Spezialisten mit, in denen sich ein kompletter Hausrat einschließlich der Küchenherde befindet. Die praktische Mitarbeit von 12 Teilnehmerinnen ist also in jedem Kurs möglich.

Themen der Kurse

Unser Kursusangebot ist dasselbe wie das stationären Mütherschulen.

Sehr begehrt sind, neben Kochen, Kurse zu den Themen "Die Frau als Gastgeberin", "Feste und Feiern in der Familie", "Ratschläge für kleine Einladungen"; auch Nähkurse sind gut besucht. Reges Interesse wecken Kurse über Erziehungsfragen. Der Kursus "Gesunde Lebensführung" (Kosmetik) soll die Hausfrauen daran erinnern, daß sie nicht nur an ihre Pflichten, sondern auch an sich selber denken sollen; interessanterweise liegt in Kursen dieser Art das Durchschnittsalter der Teilnehmerinnen beim 40. Lebensjahr.

Auch Männer sind interessiert

In unseren Kursen über Erziehungsfragen haben wir ständig männliche Teilnehmer. Häufig nehmen Männer auch an Säuglingspflegekursen teil. Wir machen sogar manchmal Kochkurse nur für Männer oder Junggesellen, die hier praktischen Rat für die Führung ihres Haushalts bekommen. Es ist erstaunlich, wie sehr gerade die Männer mit Ernst und Exaktheit bei der Sache sind. Wahrscheinlich werden wir in Zukunft noch mehr männliche Teilnehmer in unseren Kursen haben, wenn erst überall die Schuljungen im Unterricht mit der Hauswirtschaft vertraut gemacht werden. In Baden-Württemberg ist das schon in greifbare Nähe gerückt, dort sind die Unterrichtspläne neu gestaltet worden und sehen Hauswirtschaftsunterricht auch für Jungen vor.

Erfreuliche Bilanz

Bisher waren wir an 158 Orten, in denen insgesamt 635 Kurse mit zusammen 6.782 Teilnehmern stattfanden, tätig. Unabhängig davon nahmen an den 224 Sonderveranstaltungen, zu denen wir einladen konnten, insgesamt 6.927 Besucher teil. Wir haben den Eindruck, daß die Arbeit der Bundeswandermütherschule einem bereits vorhandenen Bedürfnis nachkommt. Die Teilnehmerinnen begrüßen es sehr, wenn ihnen die Mütherschulkurse "ins Haus" kommen. Viele hatten schon lange die Absicht, solche Kurse zu besuchen, schreckten aber immer wieder vor dem langen Anfahrtsweg zurück. Nicht wenige der Teilnehmerinnen haben zum Kursus-Besuch eine andere Einstellung als die Besucherinnen stationärer Mütherschulen. Frauen und Mädchen vom Lande lassen sich etwa durch die "Halstuch"-Serie im Fernsehen nicht davon abhalten, in ihren Säuglingspflegekursus zu kommen. Sie wissen, daß die Wandermütherschule nur ein einmaliges Gastspiel gibt; deshalb wollen sie keine Stunde versäumen. Es ist bezeichnend, daß sie überaus pünktlich zum Kursus-Beginn erscheinen - meistens schon eine halbe Stunde vor Beginn -, und daß oft nur der Hausmeister mit seinem klingelnden Schlüsselbund sie daran erinnern kann, daß die festgesetzte Kurszeit wieder einmal weit überschritten wurde.

Brasilien heute

Beobachtungen und Gespräche in Brasilien

Von Pierre Simonitsch, z.Z. Rio de Janeiro

Die Vereinigten Staaten von Brasilien - Land der unbegrenzten Möglichkeiten oder Hungergegend? Die harten Gegensätze erlauben keine Klassifizierung. In Sao Paulo schießen die Hochhäuser aus dem Boden, in Brasilia entsteht ein Beispiel modernster Städteplanung, am Rio Paraná geht ein Kraftwerk mit einer Wasserstauung von der Fläche des Bodensees seiner Vollendung entgegen, in Rio grenzen die Elendsviertel an die Luxusvillen an, im feudalen Nordosten leiden Millionen an Krankheit und Hunger.

"Man arrangiert sich, so gut es geht"

Im April 1967 übernahm die Armee ohne Blutvergießen die Macht; ein Ereignis, das heute im offiziellen Sprachgebrauch schlicht als "die Revolution" bezeichnet wird. Marschall Castello Branco versuchte gleichzeitig das neue Regime abzusichern und die galoppierende Inflation in den Griff zu bekommen, was nicht ohne Ausnahmezustand und eine Flut von Gesetzen ging. Die jährliche Geldentwertung ist jetzt von über 70 Prozent auf rund 35 Prozent zurückgegangen. Populär wurde der kürzlich durch einen Unfall ums Leben gekommene Castello Branco mit seiner Politik nicht. Sein Nachfolger, Marschall Costa e Silva, ein Mann des konservativen Zentrums, hat mehr Aussichten. Ernsthaft, aber jovial - er empfing den Berichterstatter in Privataudienz - versteht es der Staatspräsident, die verschiedenen Tendenzen in der Regierungspartei auszubalancieren. Die meisten der 1964 verbannten Politiker sind wieder ins Land zurückgekehrt. Expräsident Kubitschek habe ich persönlich am Flugplatz von Rio getroffen. Man arrangiert sich, so gut es geht. Die Wirtschaftskrise ist noch nicht überwunden, aber die meisten Brasilianer erwarten einen baldigen Aufschwung.

Nicht mit europäischen Maßstäben zu messen

Man kann dieses riesige Land nicht mit europäischen Maßstäben messen. Diktatoren, Demokraten und Demagogen haben sich in den letzten fünfzig Jahren an der Macht abgelöst. Brasilien 1967 ist weder eine Idealdemokratie, noch eine Militärdiktatur. Nach der "Revolution" wurden 13 Parteien in zwei "ungruppiert", die Gründung einer dritten Partei ist jetzt im Gespräch. Die parlamentarische Opposition funktioniert mit Einschränkungen, die Presse ist ziemlich frei. Auch der Umstand, daß die Regierungsmannschaft fast ausschließlich aus Generälen besteht und man selbst auf den führenden Posten der Industrie Leute mit hohen militärischen Graden antrifft, kann nicht nach den herkömmlichen Vorstellungen beurteilt werden. Die Militärkarriere war und ist noch immer in Brasilien eine der raren Gelegenheiten der Besitzlosen, Hochschulbildung zu erlangen. Nach Erreichung des Obersten- oder Generalrangs quittieren die meisten Offiziere den Dienst und suchen sich eine zivile Stellung. Die Zahl der Generäle und Obersten in Reserve geht in die Zehntausende. Sie bilden das Gegengewicht zur alteingesessenen Oberschicht.

Bezeichnend für die Mentalität der brasilianischen Führungsschicht ist die Mischung aus amerikanischem Pioniergeist und europäischem Konservatismus. "Europa ist das Kredo der modernen Zivilisation", erklärte mir der Minister für Industrie und Handel, General Macedo Soares e Silva. Der General war 1941 einer der Gründer der staatlichen Eisen- und Stahlwerke in Volta Redonda, deren modernste Anlagen und Verfahren allerdings aus den USA stammen. Auch das notwendige Investitionskapital kommt laufend in Form von Anleihen über die "Allianz für den Fortschritt" aus den Vereinigten Staaten.

200.000 Beamte zuviel

Trotz niedriger Löhne befindet sich die Konsumgüterindustrie in eindrucksvoller Expansion. Alles, was noch vor einigen Jahren importiert werden mußte, wird jetzt in Brasilien selbst hergestellt, und in beachtlicher Qualität. Ein brasilianischer Volkswagen oder Ford kostet zwar doppelt soviel als der gleiche Wagen in Europa, aber ein ausgedehntes Ratenystem bringt dennoch jedes Stück an den Mann. Dafür hat sich die Anti-Inflations-Politik der Regierung im allgemeinen zum Schaden der Grundgüterindustrie ausgewirkt, die über Auftragsmangel klagt und Arbeiter entlassen muß. Soziale Spannungen scheinen unvermeidlich. Nach Angabe des Industrieministers gibt es in der aufgeblähten Verwaltung 200.000 Beamte zuviel, die man gerne einsparen möchte.

Reformen unzugänglich

Neben einem höheren Selbstversorgungsgrad versucht die Regierung deshalb eine gleichmäßigere Entwicklung des Landes zu erreichen. Die Industrialisierung des Nordostens wird durch großzügige Boden- und Steuergeschenke ermutigt. Das Gespenst des Kommunismus macht Reformen unzugänglich. Der Erfolg dieser Bemühungen ist allerdings noch sehr ungewiß. Zu spät und zu wenig, meinen viele Beobachter. Auch sind die Schwierigkeiten enorm. Die großen Landbesitzer des Nordens wehren sich mit allen Mitteln gegen das Industrialisierungsprogramm, das den Preis der Arbeitskraft zu erhöhen droht. Auf der anderen Seite befürchten die relativ wohlhabenden Südstaaten Guanabara, Rio de Janeiro und Sao Paulo die Stilllegung von Fabriken und eine Kapitalflucht nach dem Nordosten.

Außenpolitik gleich bessere Handelsbeziehungen

Außenpolitik heißt unter diesen Umständen in erster Linie verbesserte Handelsbeziehungen und Verteidigung der wirtschaftlichen Interessen. "Unsere Interessen stimmen nicht immer hundertprozentig mit denen der USA überein und sind nicht immer hundertprozentig denen der kommunistischen Länder entgegengesetzt", bemerkt der Generalsekretär des Außenministeriums, Correia da Costa, in einem Gespräch. Brasilien ist eines der wenigen südamerikanischen Länder, das mit dem Ostblock normale diplomatische Beziehungen pflegt. Die DDR unterhält in Rio eine Handelsmission. Tschechische Maschinen oder ostdeutsche Meßinstrumente sind in brasilianischen Werkstätten keine Seltenheit. Umgekehrt liefert Brasilien der Sowjetunion die gesamte Produktion an lösbarem Kaffeextrakt und schlug bei diesem Geschäft die US-Firma "General Food" aus dem Feld.